

Dickmann, Nicola

Article

Ein demographisches Porträt der osteuropäischen Beitrittsländer

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Dickmann, Nicola (2004) : Ein demographisches Porträt der osteuropäischen Beitrittsländer, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 31, Iss. 1, pp. 21-26,
<https://doi.org/10.2373/1864-810X.04-01-04>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156858>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EIN DEMOGRAPHISCHES PORTRÄT DER OSTEUPÄISCHEN BEITRITTLÄNDER

Im Mai 2004 wird die Bevölkerung der Europäischen Union mit den zehn Beitrittskandidaten um 74,8 Millionen auf 454,4 Millionen Menschen wachsen. Davon kommen 73,7 Millionen Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern. Die Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa ist im Durchschnitt jünger als die in den bisherigen EU-Ländern. Aber bereits heute sinkt die Einwohnerzahl in diesen acht Beitrittsländern, und ihr Durchschnittsalter steigt an. Die vormals kommunistischen Länder hatten zuletzt die weltweit niedrigsten Geburtenraten und werden daher in Zukunft stark altern und schrumpfen. Die Abwanderung verschärft in einigen Staaten noch die demographische Situation. Über das mögliche Ausmaß der Wanderungsströme von Ost- nach Westeuropa nach dem EU-Beitritt gehen die Erwartungen weit auseinander. Die getroffenen Übergangsregelungen werden die Migration in den kommenden sieben Jahren vorerst begrenzen.

iw-trends

Im Mai 2004 treten zehn neue Mitgliedsstaaten einer Europäischen Union (EU) bei, die sich bereits heute um ihre demographische Zukunft sorgt (IW, 2004). Zu den bisherigen knapp 380 Millionen Menschen kommen 74,8 Millionen Menschen hinzu und stellen somit knapp 20 Prozent der Bevölkerung der erweiterten EU. Von ihnen leben dann 73,7 Millionen Menschen in Mittel- und Osteuropa, gut 1 Million lebt auf Malta und Zypern. Sollten Rumänien und Bulgarien in den kommenden Jahren beitreten, dann würde die EU nochmals um 30 Millionen Menschen anwachsen.

*Bevölkerungs-
entwicklung*

Im folgenden Beitrag wird zunächst gezeigt, wie sich die Bevölkerung in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern (ohne Malta und Zypern) sowie in Bulgarien und Rumänien entwickeln könnte. Anschließend wird die Veränderung der zugrunde liegenden demographischen Determinanten dargestellt sowie ein Überblick über die potenzielle Migration nach Deutschland gegeben.

Die Länder Mittel- und Osteuropas weisen ein recht einheitliches demographisches Profil auf, das sich deutlich von dem der bisherigen EU-Mitglieder unterscheidet. Die Einwohner sind im Durchschnitt mit einem Medianalter von 36,9 Jahren jünger als die Einwohner der bisherigen EU-Staaten, wie etwa die in Deutschland mit einem Medianalter von 40 Jahren (UN, 2004). In Zukunft werden die Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa aber stark altern und schrumpfen (Tabelle 1). In manchen Ländern wie Estland und Lettland könnte sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 halbieren.

Tabelle 1

Bevölkerung
- Beitrittsländer¹⁾, Bulgarien, Rumänien und EU-15, in 1.000 -

	1950	2000	2050
Bulgarien	7.251	8.099	4.483
Estland	1.101	1.367	591
Lettland	1.949	2.373	1.203
Litauen	2.567	3.501	2.424
Polen	24.824	38.671	32.930
Rumänien	16.311	22.480	16.173
Slowakische Republik	3.463	5.391	4.607
Slowenien	1.473	1.990	1.475
Tschechische Republik	8.925	10.269	7.570
Ungarn	9.338	10.012	7.350
EU-15	295.352	377.334	348.047

1) Ohne Malta und Zypern. Prognose für 2050 bei konstanter Fertilität.
Quelle: United Nations, 2004; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Die Bevölkerungsentwicklung resultiert aus der Entwicklung der Geburtenraten, der Lebenserwartung und der Wanderungsströme. Diese Größen bestimmen die Gestalt der heutigen Bevölkerungspyramiden und damit lange Zeit auch die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung.

Geburtenentwicklung

Veränderte Vorstellungen über die Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen, eine niedrigere Säuglingssterblichkeit und der gesellschaftliche Trend zur Verstädterung und Individualisierung führten zunächst Ende der sechziger Jahre im Osten wie auch im Westen dazu, dass die Kinderzahlen

stark zurückgingen (Tabelle 2). Die kommunistischen Regimes versuchten, diese Entwicklung aufzuhalten. Zum Teil nutzten sie wie in der DDR materielle Anreize und Wohnungen zur Familienförderung, zum Teil griffen sie auch zu solch drastischen Maßnahmen wie das Verbot von Abtreibung bei gleichzeitigem Verbot von Verhütungsmitteln wie in Rumänien (Muresan/Rotariu, 2000, 272 f.). Zunächst zeigten diese Maßnahmen Wirkung, und die Geburtenraten lagen bis in die frühen achtziger Jahre über denen Westeuropas. Es war für Frauen üblich, jung zu heiraten und mit Mitte 20 die Kinder zu bekommen. Aber schon in den achtziger Jahren ließ die Wirksamkeit nach, und die Geburtenraten begannen erneut zu sinken (Eurostat, 2002, 142). Viele Frauen hatten als Reaktion auf die Familienpolitik ihre Kinder früher bekommen, letztlich aber nicht mehr Kinder geboren, als ursprünglich geplant waren.

Tabelle 2

Geburtenraten

- Gesamtgeburtenrate¹⁾ in den Beitrittsländern²⁾, Bulgarien, Rumänien und EU-15 -

	1960	1970	1980	1990	2000
Bulgarien	2,31	2,18	2,05	1,81	1,27
Estland	-	2,16	2,02	2,05	1,39
Lettland	-	2,01	1,90	2,02	1,24
Litauen	2,60	2,40	2,00	2,00	1,27
Polen	2,98	2,20	2,28	2,04	1,34
Rumänien	2,33	2,89	2,45	1,83	1,30
Slowakische Republik	3,07	2,40	2,32	2,09	1,30
Slowenien	2,18	2,10	2,11	1,46	1,26
Tschechische Republik	2,11	1,91	2,10	1,89	1,14
Ungarn	2,02	1,98	1,91	1,87	1,33
EU-15	2,59	2,38	1,82	1,57	1,48

1) Total Fertility Rate: Querschnitt aus den altersspezifischen Geburtenraten aller Frauen zwischen 15 und 45 Jahren. Sie zeigt, wie viele Kinder eine Frau theoretisch haben würde, wenn sie sich zeitlebens so wie die Frauen im betrachteten Kalenderjahr verhielte. 2) Ohne Malta und Zypern.

Quelle: Eurostat, 2002; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Der politische Systemwechsel führte Anfang der neunziger Jahre zu einem veränderten Geburtenverhalten. Die Geburtenraten sanken in Osteuropa auf die weltweit niedrigsten Werte. Während sie seither in einigen Ländern auf diesem Niveau verharren, beginnen sie nun in den wirtschaftlich fortge-

schritteneren Transformationsländern leicht zu steigen (Dorbritz/Philipov, 2002). Die Gesamtgeburtenrate (Total Fertility Rate) liegt derzeit bei Werten zwischen 1,1 und 1,4 Kindern pro Frau. Das Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes steigt derzeit auf die in Westeuropa üblichen Werte.

Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob die heutige niedrige Fertilität durch die wirtschaftliche Unsicherheit ausgelöst wurde oder nur die Trendfortsetzung eines sich seit langem abzeichnenden Wertewandels darstellt (Dorbritz/Philipov, 2002; Philipov, 2001; Rychtaříková, 1999). Nach der ersten Erklärung wurden die Familienpläne angesichts der wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten verschoben. Entgegen dieser These wurden die aufgeschobenen Geburten in den folgenden Jahren nicht nachgeholt. Die Vertreter dieser Theorie betonen, dass die wirtschaftliche Unsicherheit noch andauert, und sie erwarten die aufgeschobenen Geburten in den kommenden Jahren. Die Verfechter des Wertewandels führen hingegen an, dass sich die Länder sehr schnell an westlichen Verhaltensmustern orientieren. Die Heirat und der Zeitpunkt des ersten Kindes werden deutlich nach hinten verschoben. Dies würde dafür sprechen, dass die endgültigen Kinderzahlen pro Frau bereits mit den Wendejahren deutlich zurückgegangen sind. Erst im Jahr 2020 wird man sagen können, ob diese Frauenjahrgänge tatsächlich deutlich weniger Kinder als früher bekommen haben oder nur später.

Lebenserwartung

Die zweite Einflussgröße auf die demographische Entwicklung ist die Lebenserwartung. Bis zum Jahr 1970 wiesen die osteuropäischen Länder ähnlich hohe Sterblichkeitsziffern auf wie der Westen (Tabelle 3). Die Lebenserwartung von weiblichen Neugeborenen lag 1970 zwischen 70,3 Jahren in Rumänien und 74,8 Jahren in Litauen, in der Europäischen Union betrug sie 74,7 Jahre. Neugeborene Jungen hatten eine um etwa sechs Jahre niedrigere Lebenserwartung als die Mädchen. In den folgenden Jahrzehnten verschlechterten sich jedoch die gesundheitlichen Bedingungen in den Ostblockstaaten. Die Umweltverschmutzung nahm deutlich zu, die Versorgung mit neu entwickelten Medikamenten und medizinischer Technik sowie die Ausstattung des Gesundheitssystems ließen nach. Der Anstieg von Herzkrankungen und alkoholbedingter Todesfälle kennzeichneten bis 1984 die schlechter gewordenen Lebensverhältnisse im Osten (Vallin/Meslé/Valkonen, 2001, 134 ff.). Die Lebenserwartung stagnierte, wäh-

rend sie im Westen ständig zunahm. In den mittel- und osteuropäischen Ländern außerhalb Russlands minderte dabei eine Reduktion der Säuglingssterblichkeit die Wirkung der erhöhten Mortalität von Erwachsenen auf die Gesamtlebenserwartung.

Tabelle 3

Lebenserwartung

- Lebenserwartung von weiblichen Neugeborenen in den Beitrittsländern¹⁾,
Bulgarien, Rumänien und EU-15 -

	1960	1970	1980	1990	1995	2000
Bulgarien	71,4	73,1	74,0	75,2	74,6	75,3
Estland	71,6	74,1	74,1	74,6	74,3	76,0
Lettland	72,4	74,4	74,2	74,6	73,1	76,2
Litauen	71,4	74,8	75,4	76,2	75,2	77,7
Polen	70,6	73,3	75,4	76,3	76,4	78,0
Rumänien	67,7	70,3	71,8	73,1	73,1	74,2
Slowakische Republik	72,7	72,9	74,3	75,4	76,3	77,2
Slowenien	72,0	72,4	75,2	77,4	77,8	79,7
Tschechische Republik	73,4	73,0	73,9	75,4	76,6	78,4
Ungarn	70,1	72,1	72,7	73,7	74,5	75,7
EU-15	72,9	74,7	77,2	79,4	80,4	81,4

1) Ohne Malta und Zypern.

Quelle: Eurostat, 2002; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Ende der achtziger Jahre stieg die Lebenserwartung zunächst wieder an. In der unsicheren Situation nach dem Systembruch verschlechterte sie sich jedoch in manchen Ländern zunächst, beispielsweise in Lettland für neugeborene Jungen im Zeitraum 1990 bis 1995 um 3,4 Jahre auf 60,8 Jahre. Inzwischen steigt die Lebenserwartung in allen Staaten wieder. Länder, die bei der Transformation zur Marktwirtschaft am besten vorankamen, weisen deutlich bessere Werte auf (Vallin/Meslé/Valkonen, 2001).

Die Wanderungsbewegungen sind in Osteuropa vor dem Jahr 1990 statistisch schwer nachzuzeichnen. Einwanderer innerhalb des Ostblocks wurden nicht als solche registriert, sondern als „zeitweilige Zuführung von Arbeitskräften zur besseren Ausnutzung des kollektiven Produktionspotenzials innerhalb der Bruderstaaten“ willkommen geheißen (UN, 1982, 35). Eine

Migration

Ausreise war oftmals nur auf Einladung engster Verwandter möglich. Auch heute sind viele Statistiken über die Wanderungsströme nicht verlässlich. Die Zahl der illegalen Einwanderer über die unbewachten Grenzabschnitte der Länder ist nicht eindeutig erfasst. Es bietet sich daher an, für eine Abschätzung der Auswanderung aus dem Osten auf die Einwanderungsstatistiken der westlichen Länder zurückzugreifen. Allerdings weisen auch die Behörden im Westen die Migranten je nach Aufenthaltsdauer und Migrationsstatus teilweise sehr unterschiedlich aus (UN, 2002, 9).

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren vor allem ethnische Gründe für die Migration ausschlaggebend. Deutschstämmige Aussiedler zogen nach Deutschland oder wurden dorthin vertrieben. Bereits Mitte der fünfziger Jahre wurden die Grenzen zum Westen offiziell geschlossen, so dass viele Emigranten als Touristen oder Geschäftsreisende getarnt ausreisten. Bis 1987 waren diese Ausreisen sporadisch, nur Polen, Rumänen und Jugoslawen konnten leichter ausreisen. Im Zeitraum 1980 bis 1987 kamen jährlich etwa 230.000 Menschen vor allem aus diesen drei Ländern nach Westeuropa (UN, 2002, 12 f.). Deutschland war das bevorzugte Zielland und nahm rund zwei Drittel dieser Auswanderer auf. Im Zeitraum 1987 bis 1989 ließ die strikte Kontrolle nach, einzelnen ethnischen Gruppen wurde die Ausreise bewilligt, und mehr als 2 Millionen Menschen kamen in den Westen.

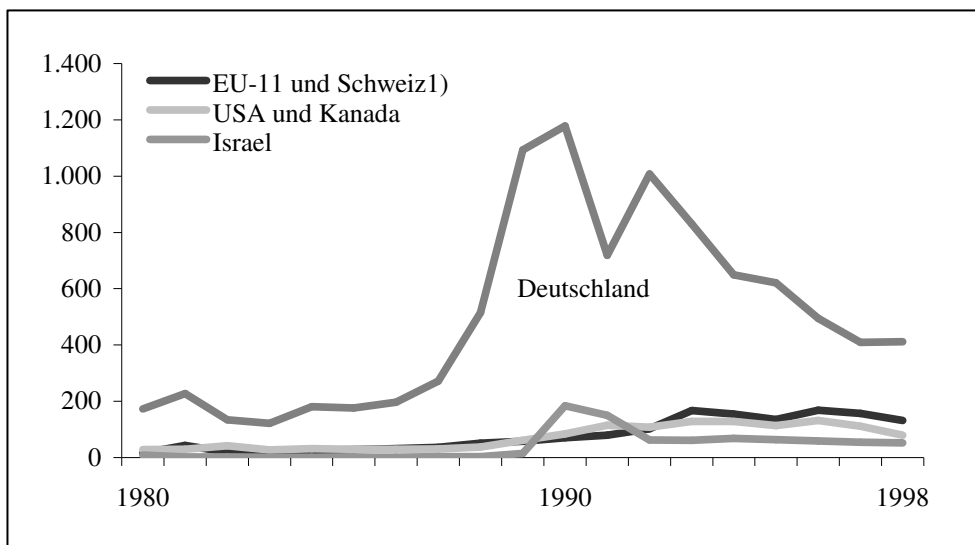
Nach dem Ende der Sowjetunion waren die wirtschaftliche Lage, politische Unruhen bis hin zu Bürgerkriegen und ethnische Zugehörigkeiten die Hauptgründe für die Wanderungen in den Westen. Die neuen Rechtsverhältnisse und Autonomieabkommen bewirkten zudem große Migrantenströme zwischen den Transformationsländern. So kehrten viele Russen aus den ehemaligen Ostblockstaaten nach Russland zurück. Bis 1992 erreichten sowohl die Migrationsströme innerhalb der ehemaligen Sowjetunion als auch die Abwanderungen in den Westen Rekordniveau (Abbildung). Die westlichen Empfängerländer registrierten 1992 einen Zustrom von knapp 1,3 Millionen Migranten aus Mittel- und Osteuropa einschließlich der früheren Sowjetunion. Davon wanderte allein 1 Million nach Deutschland ein (UN, 2002). Gemessen an der Bevölkerung, kamen im Jahr 1992 auf 1.000 Westdeutsche 15 Einwanderer aus Osteuropa. Ähnlich hohe Werte wies lediglich Israel mit zwölf Einwanderern pro 1.000 Einwohner auf. Ab 1993 gingen diese Migrantenströme zurück, weil sich zum einen teilweise die politischen

Verhältnisse stabilisierten und viele Auswanderer in ihre Heimatländer zurückkehrten, zum anderen aber auch, weil die Empfängerländer ihre Aufnahmeeregeln verschärfen. An die Stelle der Auswanderung traten unterschiedliche Formen von kürzeren Auslandsaufenthalten (UN, 2002, 16 ff.)

Abbildung

Einwanderung aus Osteuropa

- Zielländer der Migration aus Mittel- und Osteuropa, in 1.000 -



1) EU-15 ohne Deutschland, Irland, Portugal und Spanien. Landesübliche Richtlinien zur Registrierung von Einwanderern nach Aufenthaltsdauer und Status können zu erheblichen Erfassungsdifferenzen führen. Quelle: United Nations, 2002; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Das immense Gefälle zwischen den Löhnen und den Lebensstandards in West- und Osteuropa kann einen starken Wanderungsanreiz auf die Menschen in den Beitrittsländern ausüben, der umso stärker wirken wird, je unsicherer die wirtschaftliche Situation in den Beitrittsländern in den kommenden Jahren bleiben wird. Durch die räumliche Nähe und die historischen Verflechtungen stammten im Zeitraum 1990 bis 1998 rund 60 Prozent aller Immigranten Deutschlands aus Osteuropa, während sie beispielsweise nur 8 Prozent der Immigranten der USA ausmachten (UN, 2002, 20).

Migration nach der Osterweiterung

Mit der EU-Osterweiterung stellt sich die Frage nach dem Ausmaß der Migration erneut, da die Beitrittsländer das Recht auf Freizügigkeit ihrer Arbeitnehmer bekommen werden. Wie bei der Süderweiterung der Europäischen Union gibt es eine Übergangsregelung. Danach können die bisherigen EU-Staaten ihre Zuwanderungsbeschränkungen bis zu maximal sieben Jahre gegenüber den Beitrittsländern bewahren (Deutscher Bundestag, 2003). Die

Beschränkungen müssen dabei regelmäßig überprüft werden, die Entscheidung über die Aufrechterhaltung dieser Barrieren liegt jedoch bei jedem einzelnen bisherigen EU-Staat. Diese Regelungen sollen von vornherein das Migrationspotenzial eindämmen.

Die Erwartungen über die künftige Zahl der Migranten unterscheiden sich stark (Alecke/Untiedt, 2001; UN, 2002, 34). Zum einen waren bei der Erstellung der meisten Studien die Beitrittsländer und die Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit noch nicht beschlossen. Zum anderen unterscheiden sich die Berechnungen methodisch und anhand der ausgewählten Zeiträume und der betrachteten Länder. Der folgende Abschnitt bietet einen Überblick über die Bandbreite der Migration. Methodisch stützen sich die Studien über das Migrationspotenzial auf drei Verfahren:

1. Zum einen werden die Migrationsströme aus Südeuropa in den fünfziger und sechziger Jahren, die Wanderungsbewegungen von Mexiko in die USA, die der EU-Süderweiterung und der deutschen Einheit gemessen, und diese Erfahrungen werden auf die Beitrittsländer übertragen (z. B. Layard u. a., 1992). Danach ergibt sich ein Migrationspotenzial von etwa 3 Prozent der Einwohner Mittel- und Osteuropas. Insgesamt könnte damit etwa 1 Million Menschen pro Jahr aus dem Osten nach Westeuropa wandern.

2. Andere Studien nutzen die Migrationserfahrungen der Vergangenheit für ökonometrische Modelle, in denen die Auswirkungen des Lohn- und Einkommensgefälles auf die Auswanderungswilligkeit der Bevölkerung in den Beitrittsländern übertragen werden. Danach liegt das Potenzial der Migration nach Deutschland je nach der Auswahl der Methode, der Länder und des Beobachtungszeitraumes zwischen 0,02 und 4 Prozent der Bevölkerung der Auswanderungsländer:

- Das IZA kommt auf 15.000 bis 63.000 Einwanderer pro Jahr (Fertig/Schmidt, 2000).
- Das HWWA erwartet je nach der wirtschaftlichen Entwicklung in den Beitrittsländern 60.000 bis 160.000 Einwanderer (Straubhaar, 2001).
- Das DIW schätzt 220.000 Migranten pro Jahr (Brücker/Weise, 2001).
- Das ifo-Institut geht von 250.000 Migranten pro Jahr aus (Flaig, 2001).

3. Außerdem gibt es mikroökonomische Untersuchungen, die auf direkten Befragungen der Bevölkerung in den Beitrittsgebieten basieren und die Migrationspotenziale aufzeigen, je nachdem, welche konkreten Vorbereitungen die Befragten bereits für eine Auswanderung ergriffen haben. Danach ist mit einem Zustrom von 2 bis 10 Prozent der Bevölkerung aus Mittel- und Osteuropa in den Westen zu rechnen (Alecke/Untiedt, 2001).

Die immense Spannweite dieser Schätzungen zeigt, dass das Ausmaß der Wanderungsströme durch die Erweiterung der EU ungewiss ist. Es sollten auch nicht die positiven Aspekte der Zuwanderung für das Einwanderungsland übersehen werden, vorausgesetzt, der Arbeitsmarkt kann flexibel reagieren, und ein Sozialleistungstourismus ist ausgeschlossen (Sinn/Werding, 2001). In den Herkunftsländern kann die Abwanderung jedoch zu ernsthaften Engpässen an Fachkräften führen. Die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in den mittel- und osteuropäischen Ländern stellt dort zudem die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen.

Ausblick

Januar 2004

Nicola Dickmann

Literatur:

- Alecke, Björn / Untiedt, Gerhard, 2001, Das Migrationspotential nach einer EU-Osterweiterung: Ein Überblick, in: Osteuropa-Wirtschaft, 46. Jg, Nr. 2, S. 125-150.
- Brücker, Herbert / Weise, Christian, 2001, EU-Osterweiterung: Abschottung oder regulierte Öffnung?, Zu den Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 31, S. 473-481.
- Deutscher Bundestag, 2003, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Info-Brief, Nr. 32, Übergangsfristen im EU-Beitrittsvertrag, Reg.-Nr. WF XII-086/03.
- Dorbritz, Jürgen / Philipov, Dimiter, 2002, Der Wandel in den Mustern der Familienbildung und der Ehescheidungen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas – Die Folgen des Austausches der Wirtschafts- und Sozialordnung, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 27. Jg., Heft 4, S. 427-463.
- Eurostat (Hrsg.), 2002, Europäische Sozialstatistik Bevölkerung, Luxemburg.
- Fertig, Michael / Schmidt, Christoph M., 2000, Aggregate-Level Migration Studies as a Tool for Forecasting Future Migration Streams, IZA Discussion Paper, Nr. 183, Bonn.
- Flaig, Gebhard, 2001, Die Abschätzung der Migrationspotenziale der osteuropäischen EU-Beitrittsländer, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung, Heft 52, S. 55-76.

- Institut der deutschen Wirtschaft (IW), 2004, Perspektive 2050, Ökonomik des demographischen Wandels, Köln.
- Layard, Richard u. a., 1992, East-West Migration, Cambridge, MA.
- Mureşan, Cornelia / Rotariu, Traian, 2000, Recent demographic development in Romania, in: Kučera, Tomáš u. a. (Hrsg.), New demographic faces of Europe, Berlin u. a.
- Philipov, Dimiter, 2001, Low fertility in Central and Eastern Europe: Culture or Economy?, URL:<http://demography.anu.edu.au/Publications/ConferencePapers/IUSSP2001/PaperPhilipov.doc> [Stand: 19.01.2004].
- Rychtaříková, Jitka, 1999, Is Eastern Europe experiencing a second demographic transition?, in: Geographica, Nr. 1, S. 19-41.
- Sinn, Hans-Werner / Werding, Martin, 2001, Zuwanderung nach der EU-Osterweiterung: Wo liegen die Probleme?, in: ifo-Schnelldienst, 54. Jg, Heft 8, S. 18-27.
- Straubhaar, Thomas, 2001, Ost-West-Migrationspotential: Wie groß ist es?, HWWA-Discussion Paper, Nr. 137, Hamburg.
- United Nations, 1982, International Migration policies and programmes: A world survey, Population Studies, Nr. 80, New York.
- United Nations, 2002, International Migration from Countries with Economies in Transition: 1980-1999, New York, http://www.un.org/esa/population/publications/ewmigration/E-W_Migrationreport.pdf.
- United Nations, 2004, Online-Datenbank, <http://esa.un.org/unpp/> [Stand: 15.01.2004].
- Vallin, Jacques / Meslé, France / Valkonen, Tapani, 2001, Trends in mortality and differential mortality, Population Studies, Nr. 36, Council of Europe Publishing, Straßburg.

A Demographic Portrait of the Central and Eastern European Accession Countries

iw-focus

In May 2004, 74.8 million people in ten countries will become EU citizens. Demographically the enlargement will bring younger states into the ageing Union. However, not for long. Due to rapidly decreasing birth rates since the end of the communist regimes the population in the eight central and eastern European accession countries will rapidly shrink and age. Migration to the richer western member states of the Union could accelerate this process. Expectations about the number of migrants differ widely, however, and the old member states can uphold the restrictions on the free movement of workers from the new members for up to seven years.

DOI: 10.2373/1864-810X.04-01-04